

# Salle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1918 Nr. 630

Jahrgang 211

**Bezugspreis:** für Halle und Dessau ... für den Monat ... für ein Jahr ...

**Morgen-Ausgabe**  
**Dienstag, 10. Dezember**

**Anzeigenstelle:** Halle'sche Zeitung ...

## Auslieferung des Kaisers

Hann. 9. Dez.

Aus Bonn wird drahtlos gemeldet: Die deutsche Regierung hat beschlossen, sich der Forderung der Alliierten, daß der Kaiser und der Kronprinz vor einen internationalen Gerichtshof geladen werden, um sich gegen die vorgeschlagenen Beschlüsse zu verteidigen, nicht zu widersetzen. Die deutsche Regierung hat bereits ihre Mitteilung der holländischen Regierung mitgeteilt. (Die Mitteilung dieser Meldung wird von ausländischer Stelle in Berlin bekämpft.) Die Reichsleitung habe sich bisher mit dieser Frage nicht beschäftigt. Aus Paris meldet das holländische Bureau: Am Justiz-Palast erklärt man, daß die englische Justiz den Vorschlag an die Auslieferung des Kaisers fordert, daß der Kaiser in Großbritannien infolge der Jewelhrangelegenheit wegen Vordrängen zum Tode verurteilt sei.

## Zu den Verhaftungen im Hotel Bristol

Zu den Verhaftungen im Hotel Bristol erzählt eine Berliner Korrespondenz, es sei zudem geworden, daß einige Studenten, die auf eigene Faust eine Wehr gebildet hatten, um die Ruhe und Ordnung zu sorgen, monarchische Bestimmung bestanden und sich Samstag nach im Hotel Bristol versammelt hatten. Bei der Ausrückung fand man im Hotel außer den Studenten auch andere Männer, Offiziere, Philosophen und Ärzte. Von den Verhafteten, neun Personen, wurden sieben gleich nach der Ausrückung wieder entlassen. Die Studenten hatten sich im Arbeiterklub versammelt, da sie einen Überfall der roten Garde fürchteten.

Zu den gemeldeten Verhaftungen im Hotel Bristol erzählt noch die W. Z. am 8. Dez., daß die vom Reichsleiter Grafen v. Helldorf im Hotel nach dem Befehl zum Abzug erhielt, da er sich um einen Mißgriff gehandelt habe. Auch wurden die meisten Verhafteten vom Polizeipräsidium, wo sie die Nacht über waren, wieder in Freiheit gesetzt. Die Nachricht, daß in einem Zimmer bei Hotel 300 Gewehre gefunden und beschlagnahmt worden seien, ist falsch.

## Rückkehr Lettow-Vorbeck's

Aus den Mitteilungen der Vertreter der Alliierten bei der Waffenstillstandskommission geht hervor, daß die Weiterförderung der Schutztruppe des Generals von Lettow-Vorbeck auf englischen Schiffen und die Auslieferung vorwiegend in Rotterdam erfolgen wird. Auf dringenden Antrag der deutschen Regierung, daß auf diesen Schiffen auch Frauen, Kinder und schwerverletzte Männer aus Deutsch-Ostafrika heimgeführt werden, ist bisher eine Antwort noch nicht ergangen. Auch sind die Namen der bis jetzt bei der Schutztruppe befindlichen getauften Europäer noch nicht mitgeteilt worden. Vorfragen hierbei bei den betreffenden Behörden erbringen sich daher, da bestimmte Nachrichten stets leicht beschaffbar sind. — Weiter die Kapitulation des Generals von Lettow-Vorbeck hat die englische Regierung mitgeteilt, daß dieser Truppe gestattet wurde, die Waffen zu behalten, daß sie einschließlich der farbigen Truppen zunächst durch England transportiert und befreit würde, und daß die im angehörigen Europa die vom Dominionsport wie gewöhnliche Passagiere behandelt werden sollen.

## Deutsche Waffenstillstandskommission.

Staatssekretär Erzberger, Vorsitzender.

## Die evangelisch gesinnten Lehrer rühren sich

Unter den evangelisch gesinnten Lehrern haben die den Religionsunterricht feindlichen Anordnungen der Revolutionsregierung (Reichsgeheimrat) natürlich kräftiger Widerspruch gefunden. So beschloß die diesjährige Tagung der Verein evangelischer Lehrer und Pädagogen in Groß-Berlin mit den evangelischen Verwandten in religiöser, patriotischer und geistlicher Hinsicht, daß einmütige Erklärung über folgende Bestimmungen: Die Mitglieder erklären sich bereit, jederzeit freiwilligen Religionsunterricht außerhalb der Schule zu erteilen und auch in der Schule die Religionsstunden zu übernehmen, welche von anderen Lehrern abgelehnt werden. Jeder Christ muß sich über die der christlichen Erziehungsarbeit jetzt bestehenden Gefahren klar sein und selbst aufstehen. Konfessioneller Moralunterricht, der für Lehrer und Kinder Abneigung wäre, wurde entschieden abgelehnt. Ebenso sollte Zurückweisung werden die religiöse und die weltanschauliche Schule. Den Eltern muß das Recht zuerkannt werden, freie Schulen auf christlicher Grundlage zu errichten. Die evangelische Einheitschule, welche den religiösen Grundpfeiler der Eltern, Lehrer und Kinder unberührt läßt, muß der inneren Einheit und untersteht die Einwirkung der Erziehungsbehörden. Anschließend an diese Auseinandersetzungen wurde auf die Möglichkeit der kommenden Wahlen zur Nationalversammlung im Reich und in den Einzelstaaten hingewiesen, welche alle die bestrebt seien zur Entscheidung bringen müßten. Die christliche Schule ist in Gefahr: Das sollten

Männer und Frauen, Lehrer und Lehrerinnen sich bei der Instrumentalprüfung zeigen und danach bestimmen. Die Bestimmung solcher mit der Aufforderung: Evangelische Lehrer und Lehrerinnen schließt sich an. Zahlreiche Anmeldungen sind schon erfolgt. Bestimmungen und Anordnungen von Lehrern und Lehrerinnen über Schulen und Klassen nimmt entgegen Lehrer Diester, K. D. 55, Gartenstraße 80.

## Die maritime Beschäftigung

Hiel, 9. Dez.

Die Beschäftigungen der Vertreter der amerikanischen Waffenstillstandskommission und der Entente wurden am Sonntag fortgesetzt. Von den einzelnen Unterkommissionen wurden beschäftigt die Flugstation Dorkum, der Luftschiffhafen Witten und die im Osten liegenden desarmierten Kriegsschiffe. Am Montag folgte die Beschäftigung der Luftschiffhafen Rostholm, der Flugstation Sigeland und der in Hamburg liegenden Schiffe der feindlichen Mächte, die bei Kriegsausbruch in Feindhänden lagen und beschlagnahmt waren, sowie die in Bremerhaven liegenden desarmierten Kriegsschiffe. Die gesamten Beschäftigungen wurden außerordentlich eingehend vorgenommen. Nebenher gehen die Verhandlungen über die einzelnen Punkte des Waffenstillstandsvertrages, die noch einer weiteren Klärung bedürfen. Es sind in erster Linie die Ablieferung der in deutschen Häfen liegenden Handelsschiffe der Verbandsmächte und Unternehmung des im Waffenstillstandsvertrag geforderten sechsten Panzerkreuzers, als solcher der unterste Panzerkreuzer „Walden“ gefordert wird.

Danzig, 9. Dezember.

Flottenmitglied Kisten die englischen geflochtenen Kreuzer „Centaur“ und „Coburn“ in den Hafen von Danzig aufgestellt. Anschließend sollen sie den Abtransport der in Danzig aufzunehmenden englischen Gefangenen überlassen.

Berlin, 9. Dezember.

Das Kommando der 2. und 4. Aufklärungsgruppe, welches aus den modernen letzten Kreuzern besteht, ist am 7. Dezember aufgestellt. Die kleinen Kreuzer sind dem Befehl der Aufklärungsgruppe unterstellt worden. Die Entente hat die von der Marinekommission vorgeschlagenen Erleichterungen abgelehnt. Dadurch ist die Möglichkeit der Befreiung der Kohlensteinen in Frage gestellt. Auch die Befreiung aus den Marinegefangenen ist nicht möglich, es sei denn, wenn die Lieferung der Inselbewohner nach dem Bestehen der Entente gestattet wird. Ganz besonders wird dadurch die Bevölkerung Geholands betroffen, die während des Krieges schon auf dem Bestande untergebracht war.

## Drohnote Frankreichs

(Meldung eines Sonderberichterstatters.)

Amsterdam, 9. Dezember.

Nach einer Mitteilung aus Paris hat die französische Regierung an die deutsche Regierung eine in broschürer Form gehaltene Note gerichtet, die die angeblich grausame Behandlung französischer Kriegsgefangener in Deutschland und Westfalen hat. Den Anlaß zu dem französischen Schreibe bilden die Vergänge in Osnabrück, wo durch die deutschen Westfrontstruppen neun französische Kriegsgefangene erschossen und 15 weitere schwer verletzt sein sollen. In der Note wird besonders darauf hingewiesen, daß nach dem von der spanischen Kommission abgegebenen Gutachten ein Anlaß zu diesen grausamen Verbrechen nicht vorhanden war.

## Die Reichsnationalversammlung

Stuttgart, 8. Dezember.

Auf der heutigen Sitzung der Arbeitende Arbeiterberg wurde ein Antrag zur Fortsetzung des Wahntermins für die Reichsnationalversammlung, möglichst in der ersten Hälfte des Jahres, mit großer Stimmensmehrheit angenommen. Im Verlaufe der Berathung erklärte der Reichspräsident, er werde sich bei der Bestimmung der Dinge der Reichsregierung anerkennen, soweit es die eigenartigen Verhältnisse Arbeitende gestatten. Er drückte ferner die Überzeugung aus, daß aus den Wahlen zur Reichsnationalversammlung die sozialdemokratische Mehrheit hervorgehen werde.

## Zur Verhaftung Thyffens

Berlin 9. Dez.

Das Staatsministerium hat beschlossen, die Untersuchung der Angelegenheit Thyffens und Genossen möglichst auf beschleunigte und sich über das Resultat und die daran zu knüpfenden Folgerungen schlußig zu werden. Eine Patentklage ist ihm noch nicht erfolgt.

## Die Besetzung Mainz

Mainz, 9. Dez.

Einzelne Teile der französischen Besetzung sind bereits hier eingetroffen. Zum Laufe des geistigen Tages treten fortgesetzt Mannschaften ein. Das Gros der Besetzung wird im Laufe des heutigen Tages ihren Bestimmungsort erreichen. Die Städte nehmen im Schutze des historischen deutschen Landes Quartier.

## Aufhebung der indirekten Steuern

Der preussische Finanzminister Hugo Simon hat kürzlich dem Vertreter eines Berliner Blattes seine Ansichten über die Lösung des Problems der Vergegenständlichung entwickelt und dabei gleichzeitig Richtlinien für die künftige Finanzpolitik entworfen. Es ist notwendig, sich bei den Ausführungen des Herrn Simon zu vergegenwärtigen, daß sie lediglich seine persönlichen Ansichten wiedergeben. Denn es besteht heute innerhalb der sozialistischen Regierung weder ein Programm für die Vergegenständlichung noch für die künftige Finanzpolitik.

Als ersten Grundplatz der künftigen Besteuerung stellt Herr Simon das „Berechtigkeitsprinzip“ auf, das heißt, die Herabsetzung eines sozialen Ausgleichs in der Vergangenheit zu haben. Von diesem Standpunkte aus hält er es im Interesse der breiten Massen für unbedingt notwendig, die indirekten Steuern möglichst vollkommen abzubauen. Diese Forderung dürfte selbst in sozialistischen Kreisen überhört werden. Denn noch zu einer Zeit, als jedermann in Deutschland mit einem günstigen Ausgang des Krieges für uns rechnete, haben sozialistische Führer sich für die Ansicht betannt, daß der künftige Finanzbedarf des Reiches ohne Steigerung der indirekten Steuern nicht zu decken wäre. Inzwischen steht nun fest, daß sich unsere eigene Kriegsschuld noch um einen jedenfalls ganz gewaltig hohen Betrag der feindlichen Kriegsschulden steigern wird. Wir werden also vor einem Finanzbedarf stehen, der so ungeheurer sein wird, daß ein starker Optimismus dazu gehört, an seine Beseitigung glauben zu können. Und bei dieser Finanzlage will jetzt der preussische Finanzminister die indirekten Steuern möglichst vollkommen abheben! Als Ersatz dafür denkt er unter anderem an „durchgreifende“ Einkommen- und Vermögenssteuern. Das diese aber niemals hinlänglich sein können, unsere indirekten Steuern zu ersetzen, ist von sachverständiger Seite, und zwar auch aus sozialistischen Kreisen, wiederholt nachgehört. Herr Simon schlägt aber auch noch andere Finanzquellen vor. Er will beispielsweise durch die Vergegenständlichung industrieller Betriebe einen bedeutenden Teil des Finanzbedarfs beschaffen. Monopolprodukte wie Kohle, Stahl usw. gehören nach seiner Ansicht unter allen Umständen der Allgemeinheit. Danach würde nun also Herr Simon jedenfalls eine Verstaatlichung unserer Produktion von Kohle und Stahl vorsehen, und diese Maßregel würde ihn allerdings in die Lage versetzen, auf indirekte Steuern von diesen Produkten zu verzichten. Denn wenn man den gesamten Kohlenbergbau in den Besitz des Reiches überführt, dann kann man ohne weiteres die Kohlensteuer aufheben. Der erste Schritt zur Lösung des Problems der Beseitigung aller indirekten Steuern wäre also damit schon getan; die Kohlensteuer ist verschunden. Aber die Verbraucher dürften sehr bald merken, daß dadurch die Kohle noch nicht um einen Preis billiger wird. Denn das Monopol, welches Herr Simon errichten will, muß doch selbstverständlich große Überbühnen liefern, denn sonst kann es seiner Hauptzweck, dem Reichsfinanzbedarf zu dienen, nicht erfüllen. Das Monopol muß aber auch die früheren Verkäufer der Kohlenformerte aufkaufen, was Herr Simon durch die Ausgabe einer Rationalisierungsgarantie bemerkenswert will. Die Verstaatlichung dieser Anlage fällt natürlich der Kohlenproduktion zur Last, die dadurch sehr erheblich verteuert wird. Wenn man aber trotzdem große Überbühnen für das Reich erzielen will, dann gibt es dazu nur ein Mittel, nämlich den Kohlenpreis entsprechend zu erhöhen. Die Kohlensteuer ist dann zwar verschunden, aber die Kohlen sind noch teurer geworden. Nach diesem Wesen kann man in der Tat alle indirekten Steuern beseitigen, beispielsweise die Zuckerversteuer und Salzsteuer, indem man Zucker- und Salzmonopole errichtet. Dadurch brauchen wir zwar keine Zucker- und Salzsteuer mehr zu bezahlen, aber die Preise dieser Lebensmittel werden nur noch höhere werden.

Die Beseitigung der indirekten Steuern ist ja eine alte sozialistische Forderung. Sie war wohl für die Wahlkämpfe ein ausgiebiges Mittel. Aber heute, wo das deutsche Reich vor einem wirtschaftlichen Zusammenbruch ohne Gleichen steht und einen Finanzbedarf von geradezu schwindelnder Höhe zu decken hat, sollte man nicht auf solche Schlammoare zurückgreifen, die nur Verwirrung in weiten Kreisen der Bevölkerung anrichten können. Heute ist es dringend erforderlich, daß auch die einfache Mann einen klaren Einblick gewinnt in unsere finanzielle Lage und in die Mittel, um ihrer Herr zu werden. Darum sollten die neuen Programme, besonders die in letzteren Stellen, keine Phantasie entwickeln, die doch niemals verwirklicht werden können.

Ein deutscher Protest

Berlin, 9. Dezember. (Mittwoch.)

Die deutsche Regierung hat den gegenwärtigen Regierungen auf diplomatischem Wege folgende Resolutionen überreicht:
Wiederholt hat sich im Dezember der Reichsausschuss-Kommission eine Entscheidung zugesagt...

Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Entschlüsse den öffentlichen Protest zu erheben, weil diese mit dem Inhalt des Reichsausschusses-Abkommens in unangenehmer Weise im Widerspruch steht.
Die Bestimmungen des Reichsausschusses fordern nur die Aufrechterhaltung der Wirtschaft im gegenwärtigen Umfang...

Die deutsche Regierung schlägt daher vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Reichsausschusses-Abkommens zu regeln, doch unbedingtes Recht steht den Reichsausschussmitgliedern zu, sich für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft zu erklären...

Des. Coll., Staatssekretär des Reichsausschusses.

Die Verhandlungen in Trier

(Weldung unseres Sonderberichterstatters)

Berlin, 9. Dezember.

Am 12. Dezember werden in Trier die Verhandlungen der Reichsausschuss-Kommission fortgesetzt. Trier ist jetzt von den Reichsausschussmitgliedern besetzt...

Rat der Volksbeauftragten und Volksgesrat

Berlin, 9. Dezember.

In einer gemeinsamen Sitzung des Volksgesrats und der Volksbeauftragten wurde eine Vereinbarung getroffen, in der es u. a. heißt: Beide werden denselben politischen Zielen zu dem deutschen Volke die festgesetzte Republik zu sichern...

Gegen die polnische Politik

Wolfsburg, 9. Dezember.

Der hiesige Volksrat hat beschlossen, in seiner letzten Sitzung einstimmig die Wiedergabe seiner beiden Vorstände Wurdach und Dr. Schneider zu fordern...

Sehen. Gesehen wurde hier ein Arbeiterleben gezeichnet, das aus acht deutschen und zwölf polnischen Mitgliedern besteht...

In einer gestern mittag hier stattgefundenen, von etwa 2000 Männern und Frauen besetzten Versammlung wurde nach einem Vortrag des Staatsanwalts Bannede die Gründung einer Crisis- und Streikgruppe...

Beamtenschaft und Nationalversammlung

Von Klotz uns: Die deutsche Beamtenschaft rüft zum Aufbruch für die Nationalversammlung. Der Vorstand des Reichsausschusses beauftragt...

Stettin, 9. Dezember.

Eine Parteifreie Versammlung von deutschen Reichsangehörigen in Stettin forderte in einer einstimmig angenommenen Entschließung die mögliche schnelle Einberufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung...

Kongress aller A. u. S.-Räte

Am 16. Dezember und folgende Tage findet in Berlin der Kongress aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte statt.

Der hiesige Ausschuss für Volksfragen hat sich für die Teilnahme an dem Kongress ausgesprochen...

Die belgische Besatzung

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Antwerpen, 9. Dezember.

Der Sonderberichterstatter hat "Belgien" in harten Worten besprochen. Er hat seinen Bericht über die belgische Besatzung...

Sofien, 9. Dez.

Der amerikanische Konsul in Sofien hat mitgeteilt, daß die Bürgerliche Leben in Sofien ruhig seinen Weg weiter gehen soll...

Die Lage in Wien

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Wien, 9. Dezember.

Der seit jetzt Tagen in Wien weilende Delegierte des Kreuzes in Genf äußerte sich bezüglich der Lage in Wien...

China und Holland

Amsterdam, 9. Dezember.

Ein Vertreter des Monats "Algemeen" botte eine Unterredung mit dem chinesischen Konsul in Amst. in der dieser erklärte, daß China an Holland ein großes Interesse hat...

Staatsflaverei

Ueber die Gefahren der Vergesellschaftung

(oder wie die Sozialdemokratie sagt: Nationalisierung von Produktionsmitteln im gegenwärtigen Zeitpunkt) urteilt der Sozialdemokrat Calver in seiner "Wirtschafts"...

Der Kampf um die Reichsregierung

Am 12. Dezember werden in Trier die Verhandlungen der Reichsausschuss-Kommission fortgesetzt.

Die Verhandlungen werden in Trier die Verhandlungen der Reichsausschuss-Kommission fortgesetzt.

Die belgische Besatzung

(Von unserem Sonderberichterstatter)

Antwerpen, 9. Dezember.

Der Sonderberichterstatter hat "Belgien" in harten Worten besprochen. Er hat seinen Bericht über die belgische Besatzung...

Sofien, 9. Dez.

Der amerikanische Konsul in Sofien hat mitgeteilt, daß die Bürgerliche Leben in Sofien ruhig seinen Weg weiter gehen soll...

Copyright 1918 by Philipp Reclam jun., Leipzig. Nachdruck verboten.

Das Licht im Sumpf

7] Roman von Luise Westrich

"Walle, neel! Das bist mi nich an." Sie wies auf die Dorfstraße. "Süh den Sumpel Weiden an. Nid ein armes Wort hat ein einzigt vorkommen mögen, solang Gerd Glüder durch ihr Weiden hinlief..."

Konnte sie weit hinaus über das Ackerland, über den Kanal mit seiner Brücke, und weiter noch in das wilde Moor hinaus...

Das Licht im Sumpf. Konnte sie weit hinaus über das Ackerland, über den Kanal mit seiner Brücke, und weiter noch in das wilde Moor hinaus...

"Sag den Bauern ni, liebe, süße Dorn! Der Bauer ist ein harten Mensch. Ich hab' Rinders, Lämme, süße Kinder..."

Die hiesige Volksrat hat beschlossen, in seiner letzten Sitzung einstimmig die Wiedergabe seiner beiden Vorstände Wurdach und Dr. Schneider zu fordern...

Kleine Nachrichten

Das königliche Kronfeldzeugamt ist vom preussischen...

Mitteilungen über die deutsche Wirtschaft...

Die Sozialreformkommission Berlin...

Die spanische Expedition in Berlin...

Die Reichsversammlung in Prag...

Die Reichsversammlung in Prag (Fortsetzung)...

Staatsverordnetenversammlung in Halle

Stadtbürgermeister, Geheimrat Sell, macht zunächst Mit-

teilung über die Wirtschaft der Provinz...

Die Reichsversammlung in Prag (Fortsetzung)...

neben zur Hand gehen. — Einbürgerung...

Halle und Umgebung

Von der Universität Halle, Schirmrat Hiebendorf...

Die Reichsversammlung in Prag (Fortsetzung)...

Provinz Sachsen

Über S. Weges (Einnehmer Landtag). Dem Beispiel...

Die Reichsversammlung in Prag (Fortsetzung)...

...Favorit I-Borussia I 12:3 (8:2). Man schreibt uns: ...

...Favorit I-Borussia I 12:3 (8:2). Man schreibt uns: ...

...Favorit I-Borussia I 12:3 (8:2). Man schreibt uns: ...

Berlin, 9. Dezember. Entgegen vielfach in ...

Berlin, 9. Dezember. Im freien Verkehr ...

Berlin, 9. Dezember. Die Vorherrschaft ...

Berlin, 9. Dezember. ...

Der Weihnachts-Vollstundenspieler im ...

Der Weihnachts-Vollstundenspieler im ...

Table with 2 columns: Name, Value. Includes Eisenbahn-Aktien, Bank-Aktien, Industrie-Aktien.

„N. Z.“ Sportberichte

Der Fußballsport des Sonntags

Der letzte Sonntag brachte drei ...

Aus dem Gerichtssaal

... vorerst und ...

Volkswirtschaft

... die diesjährige Kartoffelernte ...

... freier und unabhängiger ...